



Reisebericht Max Lucks MdB: Einzeldienstreise nach El Salvador vom 08. Februar 2026 bis 13. Februar 2026

In meiner Funktion als Mitglied des Ausschusses für Menschenrechte und humanitäre Hilfe sowie als menschenrechtspolitischer Sprecher und Berichterstatter für die Menschenrechtslage in Lateinamerika der Bundestagsfraktion von Bündnis 90/Die Grünen reiste ich vom 08. bis zum 13. Februar 2026 nach El Salvador. Vor dem Hintergrund des 2022 von der Regierung Bukele verhängten und zuletzt im Januar 2026 verlängerten Ausnahmezustands ging es mir darum, vor Ort ein Bild der aktuellen Menschenrechtslage, politischer Entwicklungen sowie drängender sozialer und ökologischer Problemstellungen zu gewinnen.

Im Mittelpunkt der Reise standen die Situation politischer Gefangener, die Lage der politischen Opposition und der kritischen Zivilgesellschaft sowie Konflikte um Umwelt- und Landrechte. Dazu führte ich in der Hauptstadt San Salvador, aber auch in Santa Ana und Santa Marta Gespräche mit Vertreter*innen der Opposition, der katholischen Kirche, von Universitäten, zahlreicher Menschenrechts- und Opferorganisationen sowie mit ehemals aus politischen Gründen Inhaftierter und den Angehörigen von politischen Gefangenen. Zeitgleich reiste Gökay Akbulut MdB nach El Salvador, so dass auch gemeinsame Termine wahrgenommen wurden.

Mein besonderer Dank gilt der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in San Salvador ebenso wie der Heinrich Böll Stiftung Zentralamerika und weiteren zivilgesellschaftlichen Organisationen, die im Vorfeld und vor Ort die Planung und Realisierung der Termine mit großem Engagement unterstützt haben und mir wertvolle Einblicke ermöglichten.

Menschenrechte in El Salvador

El Salvador befindet sich unter dem amtierenden Präsidenten Nayib Bukele in einer Phase tiefgreifender politischer und menschenrechtlicher Umbrüche. Die Interamerikanische Menschenrechtskommission (spanisch: Comisión Interamericana de Derechos Humanos, CIDH) kritisiert El Salvador regelmäßig wegen schwerwiegender Menschenrechtsverletzungen wie schlechten Haftbedingungen, Einschränkungen der Meinungs- und Versammlungsfreiheit, die Gefährdung vulnerabler Gruppen und die starke Konzentration exekutiver Macht. Zentraler Pfeiler der Politik Bukeles ist die Sicherheitsstrategie im Rahmen des seit März 2022 geltenden Ausnahmezustands. Dieser wurde seither regelmäßig verlängert, zuletzt im Januar 2026, und schränkt grundlegende Rechte wie Versammlungsfreiheit, Schutz vor willkürlicher Inhaftierung und rechtsstaatliche Verfahrensgarantien erheblich ein. Die Regierung begründet diese Maßnahmen mit der Bekämpfung der organisierten Bandenkriminalität. Tatsächlich ist die Mordrate in El Salvador deutlich gesunken, was wesentlich zur hohen Popularität des Präsidenten in der Bevölkerung beiträgt. Zugleich hat sich El Salvador vor dem Hintergrund des andauernden Ausnahmezustands zum Land mit der weltweit höchsten Inhaftierungsrate gewandelt. Mehreren Menschenrechtsorganisationen zufolge sitzen aktuell mehr als 90.000 Menschen, rund 1,4% der erwachsenen Bevölkerung, hinter Gittern, oft unter menschenunwürdigen Bedingungen und ohne fairen Prozess. Besonders besorgniserregend sind Berichte über Misshandlungen, Folter und Todesfälle in staatlichem Gewahrsam. UN-Menschenrechtsexperten wiesen wiederholt auf katastrophale Haftbedingungen hin, darunter extreme Überbelegung, mangelhafte medizinische Versorgung und fehlende unabhängige Untersuchungen bei Todesfällen in Haft. Diese Entwicklungen werfen erhebliche Zweifel an der Vereinbarkeit der Sicherheitsstrategie mit internationalen Menschenrechtsverpflichtungen El Salvadors auf.

Auch die Lage der kritischen Zivilgesellschaft hat sich unter der Regierung Bukele deutlich verschlechtert, so das übereinstimmende Urteil von Menschenrechtsorganisationen. So sind etwa auch kritische Stimmen aus der Zivilgesellschaft immer wieder von der Verhaftungswelle der Regierung Bukele betroffen. Zudem stehen etwa Richter*innen und das Rechtssystem unter wachsendem Druck, insbesondere rechtliche Schutzmechanismen für oppositionelle Akteure müssen als massiv geschwächt gelten. Mit dem 2025 verabschiedeten sogenannten „Foreign Agents Law“ wird auch die Arbeit internationaler NGOs und ihrer Partner*innen eingeschränkt. Deutlich beschnitten wurde seit dem Amtsantritt Bukeles 2019 auch die Pressefreiheit und eine kritische Berichterstattung zunehmend erschwert. So findet sich EL Salvador 2026 etwa im weltweiten Pressefreiheitsindex von Reporter ohne Grenzen mittlerweile auf Platz 143 von 180 Ländern. Regierungskritische Journalist*innen werden oftmals eingeschüchtert, überwacht oder kriminalisiert. Besonders Berichte über Bandenkriminalität und Sicherheitsmaßnahmen stehen unter Druck. Mehrere Journalistinnen und ganze Redaktionen arbeiten mittlerweile aus dem Exil (auch aus Deutschland).

Auch soziale und ökologische Problemlagen mit menschenrechtlichen Implikationen bestehen fort. In El Salvador herrscht nach wie vor große soziale Ungleichheit, etwa 1,5 Millionen Menschen leben offiziellen Zahlen zufolge in Armut und sind mit gestiegenen Lebenshaltungskosten konfrontiert. Auch die ökologische Lage El ist geprägt vom Klimawandel und zugleich von Umweltzerstörung, Wasserproblemen und großflächiger Entwaldung. Zudem bestehen weiterhin strukturelle menschenrechtliche Problemlagen. Dazu zählen insbesondere die reproduktiven Rechte von Frauen. Das absolute Abtreibungsverbot bleibt in Kraft; ein Urteil des Interamerikanischen Gerichtshofs für Menschenrechte im Fall „Beatriz“ stellte 2024 schwerwiegende Menschenrechtsverletzungen fest und verpflichtete den Staat zu Reformen, deren Umsetzung bislang nur begrenzt erkennbar ist.

Programmpunkte

Bereits bei meiner Ankunft am 8. Februar stand Botschafter Friedo Sielmann freundlicherweise für ein erstes Briefing zur Lage in El Salvador zur Verfügung, das am folgenden Morgen in seiner Residenz durch ihn weiter vertieft wurde. Im Rahmen eines Hintergrundgesprächs mit dem Medienunternehmer Fabricio Altamirano (Eigentümer der Zeitung *Diario de Hoy*) konnte ich mir danach einen umfassenden Eindruck zur Situation der Presse in El Salvador machen.

Im Anschluss fand ein ausführlicher Austausch mit Vertreter*innen von Menschenrechtsorganisationen und aus der Zivilgesellschaft statt. Dabei wurden aktuelle Entwicklungen zur Lage der Menschenrechte vor Ort diskutiert, insbesondere im Kontext von Verhaftungen und rechtsstaatlichen Verfahren. Zu den Gesprächspartnern zählten unter anderem kirchliche Vertreter*innen, Wissenschaftler*innen sowie Jurist*innen.

Am Nachmittag standen politische Gespräche im Mittelpunkt. Bei einem Treffen mit der Abgeordneten der oppositionellen Partei Vamos, Claudia Ortiz, konnte ich mich zu aktuellen politischen und sozialen Herausforderungen im Land wie auch zu ihrer Situation als Oppositionspolitikerin austauschen. Ein weiteres Treffen mit der FMLN-Abgeordneten Karina Sosa im zentralamerikanischen Parlament Parlacen vertiefte diese Themen. Das Parlacen ist ein regionales Parlament der mittelamerikanischen Staaten innerhalb des Systems der zentralamerikanischen Integration (SICA), Mitglieder sind unter anderem El Salvador, Guatemala, Honduras und Nicaragua. Es wurde 1991 in Folge der Friedensprozesse in Zentralamerika gegründet. Aktuell plant El Salvador allerdings seinen Austritt, im Juli 2025 beschloss das salvadorianische Parlament eine entsprechende Verfassungsreform.

Der Tag endete mit Gesprächen mit verschiedenen Arbeiter- und Menschenrechtsbewegungen, die über soziale und arbeitsrechtliche Missstände berichteten.

Der folgende Tag führte mich zur Justizvollzugsanstalt in Santa Ana, in welcher viele Regierungskritiker*innen inhaftiert sind. Über die deutsche Botschaft wurde im Vorfeld eine formelle Anfrage gestellt, um 12 aus politischen Gründen vor Ort Inhaftierte in der Justizvollzugsanstalt zu besuchen. Leider wurde dem Ersuchen nicht stattgegeben. Auch ein ebenfalls beantragter Besuch bei der bekannten Menschenrechtsanwältin Ruth Lopez, die seit nunmehr einem Jahr in der Justizvollzugsanstalt für Frauen, Granja Izalco, inhaftiert ist, blieb mir zu meinem großen Bedauern verwehrt. Deshalb übergab ich gemeinsam mit Frau Akbulut vor der Justizvollzugsanstalt in Santa Ana im Rahmen einer Pressekonferenz Lebensmittelpakete an die zivilgesellschaftliche Organisation MOVIR, die diese an inhaftierte Regimekritiker*innen weiterleiteten. Die Lebensmittelpakete wurden aus Spenden der Bundestagsfraktionen von Bündnis 90/Die Grünen und der Linken finanziert.

Zurück in der Hauptstadt San Salvador fanden in der Residenz des Botschafters ein Austausch mit Angehörigen politischer Gefangener sowie Gespräche mit ehemaligen Inhaftierten und zivilgesellschaftlichen Akteur*innen wie auch der Organisation COFAPPES, die sich für die Rechte der Gefangenen und ihrer Familien einsetzt, statt. Der Tag endete mit einer Pressekonferenz sowie einem Fernsehinterview für den Sender Encuentro TV.

Am dritten Tag meiner Dienstreise lag der thematische Schwerpunkt zunächst auf Umwelt- und Ressourcenthemen. Bei einer ganztägigen Veranstaltung in Santa Marta standen Metallbergbau, Wasserrechte und Landkonflikte im Fokus. Vertreter*innen verschiedener Organisationen stellten ihre Arbeit sowie aktuelle Herausforderungen vor. In einer anschließenden internen Sitzung wurden konkrete Fälle und politische Forderungen vertieft diskutiert.

Der vierte Tag meiner Reise stand, bevor ich mich am 13. Februar auf die Rückreise begeben musste, im Zeichen sozialer Rechte sowie der Lage in San Salvador. Zunächst hatte ich die Gelegenheit, im Rahmen eines Roundtables mit zahlreichen Vertreter*innen verschiedener zivilgesellschaftlicher Organisationen die Themen reproduktive Rechte, Geschlechtergerechtigkeit und LGBTIQ-Rechte zu diskutieren. Danach konnte ich mich bei einem Rundgang im Zentrum San Salvador zum Thema Verdrängung und Armut informieren sowie bei einem Gespräch mit Kardinal Gregorio Rosa Chávez über die Eindrücke meiner Dienstreise austauschen.